

News Archiv 2017

2017-01-26 20:05

[FSG-Katzian: Bei Schwarz-blau würden ArbeitnehmerInneninteressen völlig unter die Räder geraten](#)

Dank für Offenheit über die wahren Ziele

„Eine Arbeitszeitflexibilisierung in Form einer Erhöhung der täglichen Höchstarbeitszeit ohne Gegenleistung für die ArbeitnehmerInnen in Form von mehr Freizeit würde einer massiven Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Österreichs Beschäftigte gleichkommen. Es ist kein Wunder, dass ÖVP und FPÖ dies heute in trauter Zweisamkeit gefordert haben“, erklärt der Vorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) im ÖGB Wolfgang Katzian zu den heutigen Äußerungen von Wirtschaftsbund Generalsekretär Peter Haubner und FW-Bundesobmann Matthias Krenn.

„Es stimmt, dass die Vorstellungen der Wirtschaft zur Arbeitszeitflexibilisierung nur mit einer bürgerlichen Regierung umzusetzen sind. Wenn man nur die Bedürfnisse der Arbeitgeber für eine Maximierung der Gewinne als Grundlage der Flexibilisierung sieht und die Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen nach Freizeit, Selbstbestimmtheit, Gesundheit und Familienleben völlig negiert, dann führt dies schnurgerade zu weniger Zeitsouveränität der Beschäftigten und einer Kürzung von Einkommen, weil Überstundenzuschläge wegfallen würden. Arbeitszeitverkürzung hat in der Vergangenheit sehr wohl zu mehr Beschäftigung geführt. Stillstand in dieser Frage heißt in Wirklichkeit, die Zeit zurückzudrehen. Ins Bild passt, dass die FPÖ die kollektivvertraglichen Bestimmungen aushebeln will. Für diese klaren Worte über die Ziele einer bürgerlichen Regierung muss man ja fast dankbar sein. ArbeitnehmerInneninteressen würden in so einem Regierungsszenario völlig unter die Räder geraten“, so Katzian.

[Read more ... FSG-Katzian: Bei Schwarz-blau würden ArbeitnehmerInneninteressen völlig unter die Räder geraten](#)

2017-01-23 18:27

[SPÖ-„Arbeitsgruppe Harmonie“: Besetzung fix](#)

Die Personalrochade in der Wiener SPÖ ist fix - und sie ging offenbar ohne größere Turbulenzen über die Bühne. Und auch die Besetzung „Arbeitsgruppe Harmonie“ ist beschlossen: Unter anderem mit Bürgermeister Michael Häupl selbst.

Mit dabei sind neben Häupl die Wiener Finanzstadträtin Renate Brauner, Wohnbaustadtrat Michael Ludwig, Nationalratspräsidentin Doris Bures sowie die Wiener Gemeinderats-Abgeordneten Erich Valentin, Fritz Strobl und **Christian Meidlinger** - der auch der für die Gemeindebediensteten zuständigen Gewerkschaft younion vorsteht. Sie wurden am Montag im Rahmen der Gremiensitzungen der Wiener Roten beschlossen. Sieben Personen sollen, wie Parteichef Michael Häupl ankündigte, „tabulos“ über die Situation diskutieren.

Probleme in „höchstens zwei Monaten“ lösen

In „höchstens zwei Monaten“ sollen jene Dinge ausgeräumt sein, die in der Partei für Diskussionen sorgten, stellte Häupl in Aussicht. Die Situation sei zuletzt „nicht befriedigend“ gewesen, inhaltliche Debatten hätten kaum mehr stattgefunden.

Auf die Frage, ob die Gruppe auch über mögliche weitere personelle Weichenstellungen reden dürfe, versicherte der Parteichef: „Alles kann diskutiert werden.“ Er werde sich jedoch hüten, hier mögliche Schritte auch nur anzudeuten: „Ich kann nicht kritisieren, wenn am Balkon diskutiert wird und das dann selber tun.“

Personalwechsel in Stadtregerung beschlossen

Auch die Personalrochade in der Wiener SPÖ ist fix - und sie ging offenbar ohne größere Turbulenzen über die Bühne. Der Wechsel in der Stadtratsriege wurde von den Gremien am Montag einstimmig abgesegnet, wie Bürgermeister und Parteichef Michael Häupl in einer Pressekonferenz im Anschluss versicherte. Anders als bei der Vorstandstagung am Freitag gab es keine Stimmenthaltung.

Getagt haben das Präsidium, der Vorstand sowie der Wiener Ausschuss, das größte Gremium der Wiener Roten. Anschließend wurden die neue Gesundheits- und Sozialstadträtin Sandra Frauenberger, der ihr auf den Posten des Integrations- und Bildungsstadtrats folgende bisherige Stadtschulratspräsident Jürgen Czernohorszky sowie der neue amtsführende Chef im Stadtschulrat, Heinrich Himmer, den Medien präsentiert.

Frauenberger überlegte nicht lange

Sie habe nicht lange überlegen müssen, als Häupl sie gebeten habe, zu wechseln, versicherte Frauenberger. „Ich spiele seit zehn Jahren in seinem Team und es ist für mich eine Ehre dabei zu sein“, sagte sie. Auch wenn es in dem Ressort „mehrere Herausforderungen“ gebe. Als erstes will sich Frauenberger bemühen, ein gutes Gesprächsklima herzustellen.

Der neue Bildungsstadtrat Czernohorszky will sich vor allem für die gemeinsame Schule der Zehn- bis 14-Jährigen einsetzen. Die unterschiedlichen Bildungsinstitutionen müssten außerdem enger zusammenarbeiten. Auch den Ausbau der Ganztagschulen will Czernohorszky vorantreiben. Ebenso die Kindergärten liegen dem designierten Bildungsstadtrat am Herzen. Nach der brisanten Studie zu islamischen Kindergärten, sei es „ganz wichtig von Anfang an hinzuschauen“ und „noch genauer zu kontrollieren“, sagte Czernohorszky.

Eine „große Überraschung“ war der neue Posten für den neuen Stadtschulratspräsidenten Heinrich Himmer. Gefragt, ob er sich auch in Zukunft trauen werde, den Bürgermeister öffentlich zu kritisieren,

wie er es in Reaktion auf Häupls 22-Stunden-Sager getan hatte, meinte Himmer: „Angst habe ich keine, sonst hätte mich der Bürgermeister nicht für die Position vorgeschlagen“. Dazu, ob er als Vertreter der Flächenbezirke gelten könne, wollte sich der aus Simmering stammende Gewerkschafter nicht äußern: „Ich lasse mich ungern auf eine Seite schieben“, sagte er.

Wenig Begeisterung über „Weckruf“ der Grünen

Offiziell bekleiden die drei ihre Funktionen noch nicht. Die Regierungsmitglieder werden am Donnerstag im Gemeinderat gewählt bzw. angelobt. Den Stadtschulratspräsidenten ernennt formal das Kollegium des Wiener Stadtschulrats.

Dass die Grünen am Montag parallel zur Tagung der SPÖ-Gremien den Stillstand in der Koalition beklagt und einen „Weckruf“ erteilt haben, sorgt bei Bürgermeister Michael Häupl für wenig Begeisterung. Dass Arbeit liegen geblieben sei, trifft laut dem Regierungschef nicht wirklich zu: „Man soll es nicht übertreiben“, meinte er. Auch die grünen Forderungen sorgten eher für skeptische Kommentare.

Es hätte gereicht, so befand er, wenn die Grünen direkt das Gespräch mit der SPÖ gesucht hätten. Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou und ihr Parteikollege, Klubchef David Ellensohn, hatten zudem etwa verlangt, dass Spitzengehälter in stadtnahen Betrieben jenes des Bürgermeisters nicht überschreiten sollten. Davon zeigte er sich „mäßig“ angetan, wie Häupl wissen ließ. Man könne ohnehin keine Gehälter wie in der Privatwirtschaft bieten, sie sollten aber zumindest „vergleichbar“ sein.

[Read more ... SPÖ-„Arbeitsgruppe Harmonie“: Besetzung fix](#)

2017-01-23 08:25

[Volksbegehren gegen CETA, TTIP und TISA startet](#)

Hoffen auf 100.000 Stimmen

Bis 30. Jänner liegt in den Gemeindebüros das Volksbegehren „Gegen TTIP, CETA und TiSA“ auf. Es richtet sich gegen die Freihandelsabkommen und erhielt bereits im Vorfeld knapp 40.000 Unterstützungserklärungen. Um im Parlament behandelt zu werden, sind jedoch weitere 60.000 Unterschriften notwendig.

Der genaue Wortlaut des von den Grünen, der FPÖ und SPÖ-Vertretern unterstützten Volksbegehren lautet: „Der Nationalrat möge ein Bundesverfassungsgesetz beschließen, das österreichischen Organen untersagt, die Handelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) oder das plurilaterale Dienstleistungsabkommen (TiSA) zu unterzeichnen, zu genehmigen oder abzuschließen.“

Wichtiges Signal an Europaparlament

Vorgestellt wurde das Volksbegehren bereits Anfang Jänner. Gerade bei CETA (Freihandelsabkommen

zwischen der EU und Kanada) komme das Volksbegehren zum idealen Zeitpunkt, zeigte man sich damals vom Start am 23. Jänner erfreut. Denn das Europäische Parlament will noch im Februar über CETA abstimmen. Das Volksbegehren in Österreich könne ein wichtiges Signal an das Europaparlament und auch an das österreichische Parlament geben, hoffen die Unterstützer. Ohne die Zustimmung des österreichischen Parlaments könne CETA nicht in Kraft treten. Die Unterstützer erwarten eine weitere breite Diskussion über das Handelsabkommen.

Absprache mit CETA-Befürworter Kern

Angepeilt werden „Hunderttausend und eine Unterschrift“, um im parlamentarischen Prozess eine Rolle zu spielen. Alles, was darüber gehe, sei ein Erfolg, erläuterte Thomas Kattnig, Mitglied des Bundespräsidiums der union _ Die Daseinsgewerkschaft. Im Vorfeld hatten mehr als 40.000 Personen die Einleitung des Volksbegehrens unterstützt, das waren mehr als viermal so viele wie notwendig.

Der Mitinitiator des Volksbegehrens und Bürgermeister von Traisen in NÖ, Herbert Thumpser (SPÖ), unterstrich seinen Widerstand gegen die Freihandelsabkommen. Obwohl Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) sich nun für CETA ausspreche, sieht sich Thumpser durch die vielen SPÖ-Parteimitglieder legitimiert, die bei einer Umfrage ihr Missfallen mit den Abkommen ausgedrückt haben. Mit Kern habe es eine Aussprache gegeben, der SPÖ-Chef habe ihm aber keine Steine in den Weg gelegt, erläuterte Thumpser.

Dieses Video darf aus rechtlichen Gründen nur in Österreich wiedergegeben werden.

CETA-Volksbegehren startet

Unternehmer und Gewerkschafter hoffen gemeinsam TTIP, CETA und TiSA noch stoppen zu können.

Für SPÖ-Europaabgeordnete Karin Kadenbach stellt das größte Problem das Investorenschutzkapitel dar. Die Gefahr der Paralleljustiz für Konzerne bestehe weiterhin. Trotz Änderungen bleibe es dabei, „dass ausländischen Konzernen die Möglichkeit gegeben wird, vor Sondergerichten zu klagen, und zwar an unseren eigenen, unabhängigen Gerichten vorbei“, so Kadenbach. „Transparenz und eine Offenlegung der Vertragsinhalte sind unerlässlich“, betonte auch der SPÖ-Landtagsabgeordnete Gerhard Razborcan.

Grünen-Brief an Doris Bures

Die Grünen wollen CETA in der Präsidiale aufs Tapet bringen und haben nun einen Brief an Nationalratspräsidentin Doris Bures (SPÖ) geschrieben. Europasprecher Werner Kogler stößt sich daran, dass die Regierung in Europa grünes Licht für CETA gegeben hat, und ortet eine Missachtung der Mitwirkungsrechte des Nationalrats. Er will die Sache in der nächsten Präsidiale zum Thema machen.

Kogler verweist in dem der APA vorliegenden Brief auf die verfassungsrechtlich verankerten Mitwirkungsrechte des Nationalrats zu EU-Vorhaben. Nach Koglers Meinung wurden diese Rechte verletzt, weil die Regierung seiner Ansicht nach von einer „bindenden Stellungnahme“ des Parlaments abgegangen sei und Ende Oktober auf EU-Ebene Österreichs Zustimmung zu CETA deponiert hat. „Unserer Rechtsauffassung nach hätte Österreichs Regierung keinesfalls grünes Licht zum Start von CETA auf europäischer Ebene geben dürfen“, betonte Kogler gegenüber der APA.

„Eines der fortschrittlichsten Handelsabkommen“

Kritik kam im Vorfeld jedoch von Wirtschaftskammer-Vizepräsident Jürgen Roth. Er sieht im Volksbegehren gegen CETA und Co. nur eine „neuerliche Stimmungsmache gegen Freihandel und die Handelsabkommen CETA und TTIP von Gewerkschaftsseite“. Dabei sei „CETA eines der fortschrittlichsten Handelsabkommen, das die EU jemals ausverhandelt hat“, so Roth bei der Vorstellung des Volksbegehrens Anfang Jänner in einer Aussendung.

Bisher nur vier Volksbegehren gescheitert

Um das erfolgreichste Volksbegehren zu werden, müsste es von 1.650.000 Österreichern unterzeichnet werden. An der 100.000-Stimmen-Hürde gescheitert sind bisher nur vier: das u. a. vom jetzigen NEOS-Abgeordneten Niko Alm mitgetragene Volksbegehren gegen Kirchenprivilegien mit 56.673 Unterschriften, die von Altpolitikern wie Erhard Busek (ÖVP) und Johannes Voggenhuber (Grüne) angestoßene „Demokratie Jetzt“-Initiative mit 69.740 - beide im Jahr 2013 -, „Pro Motorrad“ im Jahr 1995 mit 75.525 Unterschriften und „Raus aus Euratom“ der Umweltgruppe Atomstopp Oberösterreich im Jahr 2011 mit 98.698 Unterschriften.

Das bisher letzte Volksbegehren landete mit 4,12 Prozent (261.056 Unterschriften) im Mittelfeld auf Rang 23. EU-Gegner rund um Inge Rauscher wollten damit 2015 über eine Volksabstimmung den EU-Austritt erreichen - was ihnen freilich, trotz Behandlung im Parlament, nicht gelang.

[Read more ... Volksbegehren gegen CETA, TTIP und TISA startet](#)

2017-01-22 11:50

SPÖ: Run auf „Arbeitsgruppe Harmonie“

Die Klausur des Parteivorstands der Wiener SPÖ ist am Samstag zu Ende gegangen. Ein Vorhabenspaket wurde am Ende der Klausur präsentiert. Großes Interesse gibt es an der „Arbeitsgruppe Harmonie“.

Mit Spannung wurde erwartet, welche - wahrscheinlich sieben - Genossen in jener Arbeitsgruppe sitzen werden, die versuchen sollen, Frieden in der Wiener SPÖ zu stiften. „Tabulos“ soll dort über die jüngsten Querelen diskutiert werden. Die Entscheidung über die Besetzung wird nun aber erst am Montag erfolgen, wie Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) berichtete.

Das liegt laut APA dem Vernehmen nach nicht daran, dass man sich über die Liste streitet - sondern am Andrang. Auch eine Aufstockung wurde von Häupl prompt nicht ausgeschlossen. „Es haben sich sehr viele Freunde gemeldet, an der Gruppe mitzuarbeiten, da weiß ich nicht, ob die sieben zu halten sind. Momentan haben wir eher die Qual der Auswahl.“

Wohnen, Arbeit, Gesundheit, Integration

Einen ganzen Tag lang wurde am Samstag über Themen geredet, die den Wiener Genossen besonders wichtig erschienen sind. Betroffen waren die Bereiche Wohnen, Integration, Arbeit und Gesundheit. Mehr als 70 Redner haben sich laut Häupl zu Wort gemeldet. Die Diskussion sei eine gute gewesen: „Das war ein sehr befriedigender Tag, den wir hier verbringen konnten.“

Dieses Video darf aus rechtlichen Gründen nur in Österreich wiedergegeben werden.

Häupl über Personaländerungen

ORF-Wien-Chefredakteur Paul Tesarek hat mit Michael Häupl nach der SPÖ-Tagung über die Personaländerungen gesprochen.

Genutzt wurden die Stunden zum Beispiel dafür, um über das Thema Arbeitsmarkt zu diskutieren, berichtete der Parteichef. Nötig sei hier, Wissenschaft und Forschung zu intensivieren - am besten mit dem Bund. „Ausführlich“ sei auch über das Thema Wohnen debattiert worden, wobei es hier auch eine „gewisse Unzufriedenheit“ gebe, wie Häupl eingestand.

Dem soll entgegengewirkt werden: Ansetzen möchte man beim Beschwerdemanagement der Gemeindebauverwaltung „Wiener Wohnen“. „Da werden wir besser werden müssen in der Kommunikation und im Tempo des Reagierens“, kündigte der Stadtchef an.

Neue Großgeräte für Strahlentherapie

Fix ist laut Häupl weiters auch: Der Spitalsplan 2030 wird umgesetzt. Das bedeute auch, dass das Krankenhaus Nord so rasch wie möglich in Betrieb gehen müsse. Jüngster Kritik soll ebenfalls entgegengewirkt werden. Der Bürgermeister stellte etwa vier neue, zusätzliche Großgeräte für die Strahlentherapie in Aussicht.

Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge werden zudem künftig in einem eigenen Haus koordiniert bzw. angeboten. Wo dies errichtet werden soll und ab wann es zur Verfügung steht, ist laut Häupl noch offen.

Personal offiziell kein Thema

Das von Bürgermeister und Landesparteichef Michael Häupl präsentierte Personalpaket in Sachen Stadtregierung sieht folgendermaßen aus: Sandra Frauenberger, bisher für Integration und Bildung zuständig, folgt Sonja Wehsely als Gesundheitsstadträtin - wobei sie die Frauenagenden mitnimmt.

Ihr Nachfolger wird der bisherige Stadtschulratspräsident Jürgen Czernohorszky, dessen Job wiederum der Lehrgewerkschafter Heinrich Himmer übernehmen soll.

Pläne werden am Montag präsentiert

Offiziell besiegelt werden die Rochaden am Montag vom größten Gremium der roten Landespartei, dem Wiener Ausschuss. Erst im Anschluss daran sollen die neuen Verantwortlichen sich und ihre Pläne dann öffentlich präsentieren.

Die Parteirochaden in der Wiener SPÖ sorgten bereits für Kritik - und das nicht nur aus den Reihen der Opposition. Auch der frühere Wiener SP-Landespartei sekretär Christian Deutsch zeigt sich enttäuscht.

[Read more ... SPÖ: Run auf „Arbeitsgruppe Harmonie“](#)

2017-01-20 20:07

Häupl stellt Weichen neu

Frauenberger folgt Wehsely

Der Umbau des Wiener SPÖ-Teams ist beschlossene Sache. Der erweiterte Vorstand hat das schon im Vorfeld durchgesickerte Personalpaket beschlossen, verkündete Parteichef Michael Häupl Freitagnachmittag.

Das heißt: Sandra Frauenberger übernimmt von der zurückgetretenen Stadträtin Sonja Wehsely die Bereiche Gesundheit, Soziales und Frauen. Frauenbergers aktuelle Agenden Bildung, Integration und Jugend gehen dafür an Jürgen Czernohorszky. Außerdem werden die Magistratsabteilungen 10 (Kindergarten-Förderungen) und 11 (Kindergarten-Kontrollen) im Bildungsressort gebündelt. Czernohorszky folgt der Simmeringer Lehrgewerkschafter Heinrich Himmer im Amt des Wiener Stadtschulratspräsidenten.

Weitere Rochaden nicht ausgeschlossen

Häupl versicherte, dass sein Vorschlag einstimmig bei einer Enthaltung angenommen wurde. Das Gremium hatte vorher mehr als drei Stunden debattiert. Bereits am Vormittag hatten die Entscheidungen die Runde gemacht, die nun von Häupl bestätigt wurden.

Weitere Umbildungen im Vorfeld des Parteitags Ende April seien „nicht mein vorrangiges Ziel“, sagte Häupl, „aber ich kann das nicht ausschließen, ohne damit weitere Personaldiskussion zu provozieren“. Er

kündigte zudem die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Verbesserung des parteiinternen Miteinanders an.

Arbeitsgruppe soll für Harmonie sorgen

In der Arbeitsgruppe, die aus sieben Personen bestehen werde, werde es nicht um inhaltliche Themen gehen, sondern sie solle dazu beitragen, das Vertrauen und den Dialog innerhalb der Partei wiederherzustellen. „Unsere Gruß heißt ja Freundschaft“, sagte Häupl.

Wer die TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe sein werden, werde beim zweiten Teil der Vorstandstagung am Samstag festgelegt. „Dort (in der Arbeitsgruppe, Anm.) wird über alles gesprochen, völlig tabulos“, sagte Häupl. Sollte es weitere Personaldiskussionen geben, werde man diese innerhalb der Arbeitsgruppe führen.

„Schauspiel der SPÖ nicht würdig“

Die inhaltliche Diskussion müsse wieder vor der personellen stehen: „Das Schauspiel, das wir Sozialdemokraten in den letzten Wochen geboten haben, ist an sich einer Organisation wie der SPÖ nicht würdig“, sagte Häupl, der sich im Hinblick auf die inzwischen monatelangen Flügelkämpfe offen unzufrieden mit der Performance der Wiener Genossen zeigte.

Ob sich die kritischen Vertreter der Flächenbezirke mit der eher kleinen Personalrochade zufriedengeben werden, konnte Häupl nicht sicher beantworten. „Es ist heute in der Diskussion deutlich geworden, dass es da nicht um Menschenopfer geht“, sagte er jedoch. „Ich weiß natürlich nicht, ob sich nicht irgendwer wieder melden wird“, räumte er ein. Er werde an dieser Diskussion in den Medien jedenfalls nicht mehr teilnehmen. Er selbst sei in der Vorstandstagung nicht zur Diskussion gestanden, sagte Häupl.

Lob für Frauenberger und Czernohorszky

Zu den personellen Veränderungen sagte er, dass Frauenberger als Gewerkschafterin bekannt und daher mit sozialen Fragen „außerordentlich vertraut“ sei. Ihre Aufgabe werde es sein, die „Gesprächsfähigkeit mit und das Vertrauen der MitarbeiterInnen in den Spitälern wiederherzustellen“. Dass er von anderen im Vorfeld in den Medien genannten Personen für den Posten der Gesundheitsstadträtin - etwa von der Chefin der Wiener Gebietskrankenkasse Ingrid Reischl - Absagen erhalten habe, verneinte Häupl.

Auch Czernohorszky streute Häupl Rosen. Czernohorszky habe „sein gesamtes politisches Leben in der Bildungspolitik verbracht“, sei also prädestiniert für das neue Amt. Sowohl fachlich als auch persönlich zeichne sich das „Kommunikationstalent“ dafür aus.

Kritik von den Frauen der Partei, dass es nun mit Czernohorszky einen zusätzlichen Mann und mit dem Abgang Wehselys eine Frau weniger in der roten Regierungsriege gibt, erwartet Häupl nicht. In Bezug auf die Frauenquote befinde sich die Stadtregierung in „der komfortablen Situation“, auch nach der Umbildung noch einen Frauenanteil von 50 Prozent zu haben, sagte Häupl.

Himmer „lässt auf Unerschrockenheit schließen“

Zur Besetzung Himmers sagte Häupl: „Ich kann mir gut vorstellen, dass er als Lehrgewerkschafter ein gutes Standing haben wird.“ Künftig werde es zu großen Veränderungen im Schulwesen und in der Schulverwaltung kommen. Dabei sei ein erfahrener Pädagoge sehr wichtig. Den Vorschlag, Himmer Czernohorszky nachfolgen zu lassen, müsse er, Häupl, noch mit dem grünen Regierungspartner besprechen.

In Bezug auf Himmers Kritik an Häupl für dessen Sager über die Lehrerarbeitszeit („Wenn ich 22 Stunden in der Woche arbeite, bin ich Dienstagmittag fertig“) sagte der Bürgermeister: „Das lässt zumindest auf seine Unerschrockenheit schließen.“ Himmer hatte Häupl vorgeworfen, immer wieder „mediale Rülpsen“ loszulassen, viele Lehrer würden deshalb den Parteiaustritt überlegen.

Vorbereitung auf Landesparteitag

Auf der Vorstandssitzung habe man sich außerdem auf die Vorbereitung einer Arbeitsgruppe geeinigt, die den Landesparteitag vorbereite. „Unser Gruß heißt ja Freundschaft, das soll sich auch in der Zusammenarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter widerspiegeln“, sagte Häupl.

Die Sitzung im C3 Convention Center dauert insgesamt zwei Tage. Am Samstag soll es hauptsächlich um inhaltliche Themen - Wohnen, Arbeitsmarkt, Gesundheit und Integration - gehen. Teilnahmeberechtigt sind bei dem Treffen die 59 Mitglieder des erweiterten Wiener Vorstands. Offiziell besiegelt werden die Rochaden am Montag vom größten Gremium der Landespartei, dem Wiener Ausschuss. Erst im Anschluss daran sollen die neuen Verantwortlichen ihre Pläne öffentlich präsentieren.

Kritik aus eigenen Reihen

Enttäuscht zeigte sich der frühere Wiener Landespartei-Sekretär und SPÖ-Gemeinderat Christian Deutsch: „Das ist nicht einmal ein Reförmchen.“ Deutsch hatte zuletzt bereits wiederholt größere Umwälzungen - sowie den Rückzug Häupls - urgiert. Der Vorsitzende der SPÖ Simmering, Harald Troch, der in den vergangenen Monaten zu den schärfsten innerparteilichen Kritikern zählte, hatte vor der Sitzung gesagt: „Es wäre erfreulich, wenn es weitere Umbildungen in den nächsten Monaten gibt.“

Grüne: „Einiges an Arbeit liegen geblieben“

Die Wiener Grünen hoffen, dass der Koalitionspartner „nun wieder auf Touren kommt“. Deren Klubchef David Ellensohn verhehlte nicht: „Ja, man muss schon zugeben, dass in den vergangenen Wochen aufgrund der Personaldiskussionen einiges an Arbeit liegen geblieben ist. Deshalb wünsche ich der SPÖ, dass mit der heutigen Entscheidung die Arbeitsfähigkeit wieder voll hergestellt ist.“

FPÖ: „Verreckter Knallfrosch“

Von einem „verreckten Knallfrosch“ sprach FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache: „Diese Personalrochaden sind nicht der große Wurf, sie sind Ausdruck dafür, dass der SPÖ fähige Politiker, die auch Ahnung von ihrer Geschäftsgruppe haben, schlicht fehlen.“ In Wien werde sich nichts zum Besseren ändern: Er bezweifle, dass Frauenberger das „Wiener Gesundheitssystem, das kurz vor dem Kollaps steht, auf Schiene bringen wird können“.

Auch ÖVP und NEOS enttäuscht

Die ÖVP ortete eine „verspielte Chance“. Landespartei-Chef Gernot Blümel mutmaßte, dass niemand mehr ins Team von Häupl eintreten wolle: „Diese peinliche Mini-Umbildung ist dafür das Symbol.“ Die ÖVP hat laut eigenen Angaben gehofft, dass sich Häupl ein Beispiel am niederösterreichischen Nach-Landeshauptmann Erwin Pröll - der seinen Rückzug angekündigt hatte - nimmt. Auch Blümel kritisierte Frauenberger.

Auch NEOS vermisste den nötigen Mut bei der verkündeten Rochade: „Ein klares Bekenntnis zu einem Neustart für Wien sieht anders aus“, sagte Rathaus-Klubobfrau Beate Meinl-Reisinger. Auch sie nahm

Frauenberger ins Visier: „Die neue Gesundheitsstadträtin hat keinerlei Erfahrung im Gesundheitsbereich.“

Ärzttekammer hofft

Vorschusslorbeeren gab es hingegen von der Wiener Ärztekammer - die auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit der neuen Gesundheitsstadträtin hofft. Man habe der designierten Ressortchefin bereits ein Grundsatzprogramm mit neun Standpunkten übermittelt, hieß es in einer Aussendung von Kammerpräsident Thomas Szekeres.

[Read more ... Häupl stellt Weichen neu](#)

2017-01-19 20:12

SPÖ sagt Bundesparteitag im Mai ab

Die SPÖ hat ihren Parteitag im Mai abgesagt. Der Grund: Ein noch unter dem ehemaligen SPÖ-Chef Werner Faymann in Auftrag gegebenes neues Parteiprogramm hätte dort beschlossen werden sollen, wie die ZIB1 heute berichtete.

Die neue Führung rund um den neuen SPÖ-Chef Kanzler Christian Kern sieht im Entwurf allerdings keine tauglich Diskussionsgrundlage und sagt deshalb den Parteitag ab.

[Read more ... SPÖ sagt Bundesparteitag im Mai ab](#)

2017-01-18 18:09

Rechner für neues Kindergeld online

Knapp eineinhalb Monate vor dem Start des Kindergeldkontos ist nun auch ein neuer Rechner online gegangen. Das Tool soll Eltern bei der Entscheidung helfen, wie sie sich die Gesamtsumme von maximal 16.449 Euro (inkl. Partnerschaftsbonus) aufteilen. Auch kann man den Antrag zum Kinderbetreuungsgeld online mit elektronischer Signatur (Bürgerkarte oder Handysignatur) stellen.

Das einkommensabhängige Kindergeld bleibt bestehen, statt der vier Pauschalvarianten gibt es aber ab 1. März ein flexibleres Konto: Es gibt eine fixe Summe, die Bezugsdauer kann zwischen rund zwölf und 28 Monaten für einen Elternteil bzw. zwischen rund 15,5 und 35 Monaten für beide Elternteile gewählt werden.

Partnerschaftsbonus bei Aufteilung der Betreuung

Zur Grundsumme von bis zu 15.449 Euro kommen noch 1.000 Euro Partnerschaftsbonus, wenn man die Betreuung zumindest 60:40 aufteilt. Neu ist auch, dass Väter im Rahmen der „Familienzeit“ (Papamonat) direkt nach der Geburt ihres Kindes zwischen 28 und 31 Tage lang durchgehend zu Hause bleiben können, dafür gibt es 700 Euro.

Um das neue System zu bewerben, startete Familienministerin Sophie Karmasin nun eine Informationskampagne - mit Video, Printsujets, einer 400 Quadratmeter großen Projektion auf die Ministeriumshauswand, Großplakatwerbung, Karten und Foldern. Insgesamt kostet die erste Welle der Kampagne rund 200.000 Euro, hieß es bei einer Pressekonferenz auf Nachfrage.

Dass der neue Kindergeldrechner etwas spät komme, stellte die Ministerin in Abrede: Man habe für die Betroffenen seit Monaten Informationen auf der Homepage und in den Beratungsstellen bereitgestellt, sagte sie. Der Rechner sei ein „Zusatzangebot“.

[Read more ... Rechner für neues Kindergeld online](#)

2017-01-15 15:39

[Asylanträge 2016 im Vergleich zu 2015 deutlich gesunken](#)

Die Zahl der Asylanträge in Österreich lag 2016 bei 42.073 Ansuchen und ging damit gegenüber dem Rekordjahr 2015 mit 90.000 Anträgen um 52,4 Prozent zurück. Die von der Regierung verordnete Kapazitätsgrenze von 37.500 Asylverfahren wurde zu 96 Prozent erfüllt. 36.030 Personen wurden 2016 zum inhaltlichen Verfahren zugelassen, heißt es in einem der APA vorliegenden Vortrag an den Ministerrat.

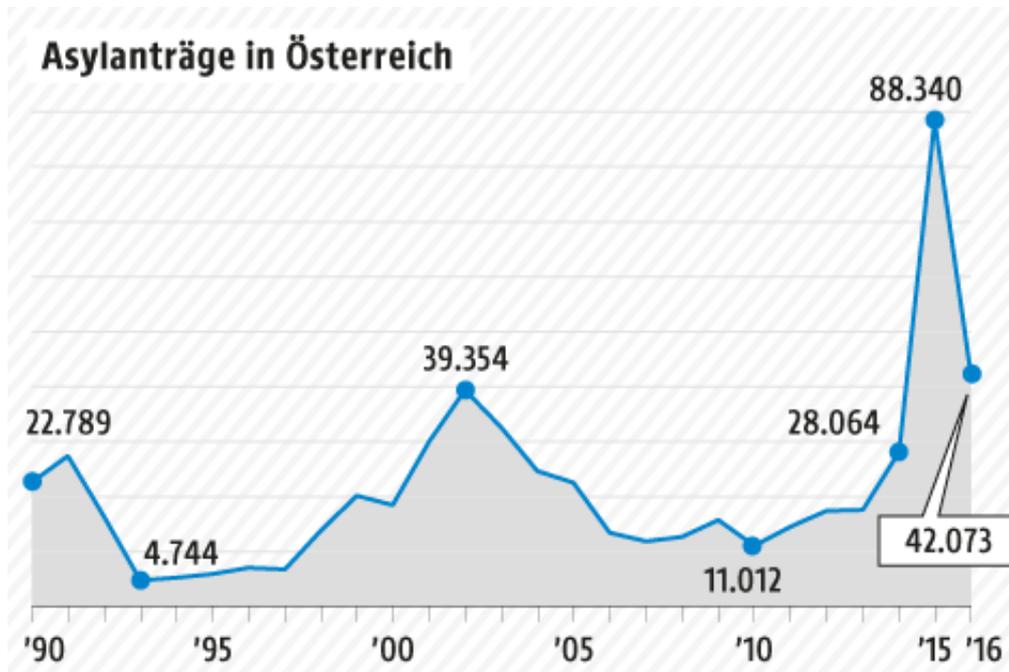
Deutliche Steigerung gegenüber Jahren davor

Die Asylantragszahlen bewegten sich „weiterhin auf hohem Niveau“, wie Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP) darin festhält. Zwar gebe es gegenüber 2015 einen deutlichen Rückgang, gegenüber 2014 sei jedoch eine Steigerung von 49,9 Prozent und zu 2013 (17.503 Asylanträge) sogar ein Plus von 140,4 Prozent zu verzeichnen. Die wichtigsten Herkunftsstaaten waren im Vorjahr Afghanistan, Syrien, Irak,

Pakistan und Iran.

14.819 Fälle aus 2016 noch offen

Von den 42.073 Asylanträgen 2016 wurden 27.254 oder 64,8 Prozent zum Verfahren zugelassen. Das bedeutet, dass hierzulande eine inhaltliche Prüfung durchgeführt wird und Österreich für die Führung des Asylverfahrens zuständig ist. In 14.819 Fällen oder 35,2 Prozent ist eine Zulassung zum Verfahren bisher nicht erfolgt. Diese werden ins Jahr 2017 mitgenommen.



Grafik: APA/ORF.at; Quelle: APA/BMI

12.987 Fälle davon befinden sich in einem laufenden Dublin-Verfahren. Für diese Verfahren könnten andere EU-Mitgliedsstaaten zuständig sein, entsprechende Konsultationen dazu werden derzeit geführt. In den verbleibenden 1.832 Fällen ist die Zulassung nicht erfolgt, da entweder noch das Alter der Asylwerber geklärt werden muss, wegen der kurzen Zeit seit der Antragstellung noch keine Zulassungsentscheidung getroffen wurde oder das Dublin-Verfahren abgeschlossen und die Zuständigkeit eines anderen EU-Staats festgestellt wurde.

„Obergrenze“ zu 96 Prozent erfüllt

Darüber hinaus wurden 2016 auch 8.776 Verfahren zugelassen, bei denen der Asylantrag bereits 2015 erfolgt war. In Summe ergibt das laut Innenministerium mit Stichtag 31. Dezember 2016 eine Zahl von 36.030 zum Verfahren zugelassenen Personen, die für die Berechnung der „Obergrenze“ von 37.500 relevant sind. Für 2017 wurde diese Kapazitätsgrenze mit 35.000 Verfahren festgelegt, wobei die ÖVP zuletzt eine Halbierung auf rund 17.000 forderte.

10.677 Personen haben Österreich 2016 wieder verlassen. 5.797 reisten freiwillig aus, 4.880 Personen wurden zwangsweise außer Landes gebracht. 2.582 davon landeten in Dublin-Mitgliedsstaaten, 2.298 in sonstigen Ländern.

[Read more ... Asylanträge 2016 im Vergleich zu 2015 deutlich gesunken](#)

2017-01-15 15:37

Kern: Österreich braucht "Plan A"

„2017 ein gutes Jahr“ für Reformen

Aus der Sicht von Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) ist sein letzten Mittwoch medienwirksam präsentierter „Plan A“ offenbar alternativlos: „Österreich braucht das“, betonte er gleich mehrmals am Sonntag in der ORF-„Pressestunde“. „Wir sollten uns nicht zu viel Zeit lassen mit der Umsetzung“, so Kern. Sein Plan sei „ein realistischer Weg aus den Blockaden“.

Es war Kerns erster Auftritt überhaupt in einer „Pressestunde“. Statt Liveinterviews setzt er wie kein Kanzler zuvor auf die Verbreitung seiner Botschaften auf selbst gesteuerten Kanälen. Dass er unangenehme Fragen scheue, wies er freilich zurück: Er habe schon „sehr, sehr viele Pressekonferenzen, sehr, sehr viele Interviews gegeben“. Auch räumte er ein, dass inszenierte Events wie seine Rede in Wels nicht alles seien: Das könne man nur „einmal machen“.

Bisher zu wenig „in Veränderung gedacht“?

Trotz eingestandener „Zuspitzungen“ bei seinem Konzept („nie mehr hack'nstad“) insistierte Kern, dass dieses seriös, durchdacht und durchgerechnet sei. Es brauche „große Projekte“. Für ihn zeigt gerade auch die Kritik aus dem linken Flügel der SPÖ an seinen Ideen, dass diese „kein Programm für links und kein Programm für rechts“ seien, sondern „in der Balance“.

„Die Rezepte der Vergangenheit reichen nicht für eine Zukunft“, sagte Kern auch unter Bezugnahme auf seine Entschuldigung bei der Wählerschaft zu Beginn seiner Rede in Wels („Nicht ihr habt euren Weg verlassen, wir haben unseren Weg verlassen“). In der Vergangenheit wurde nach Kerns Befinden auch in der SPÖ zu wenig „in Veränderung gedacht“, etwa bei der Besteuerung der Wirtschaft, aber auch beim Thema Zuwanderung.

Kern sieht sich nicht als Populisten

Dezidiert stellte sich Kern hinter die Forderung der „Begrenzung von Zuwanderung“. Darin sieht er keinen Populismus. Eben deshalb nenne er auch „keine Zahlen“, so der Kanzler in Anspielung auf die jüngste ÖVP-Forderung nach einer Halbierung der Obergrenze bzw. des Richtwerts von Asylfällen. Zahlenmäßige Grenzen für das Asylrecht, zu dem sich alle Länder der Menschenrechtskonvention bekennen, sind für Rechtsexperten klar verfassungswidrig.

Für undurchführbar halten Experten allerdings auch Kerns Plan von weniger Zuwanderung aus EU-Ländern nach Europa. „Das werden wir auf europäischer Ebene versuchen durchzusetzen“, erklärte Kern trotz des Widerspruchs zum EU-Grundprinzip der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Er rechnet offenbar mit neuer Kompromissbereitschaft in der EU-Kommission, habe doch dieses Thema zum „Brexit“-Votum der

britischen Bevölkerung geführt.

„Schreiende Ungerechtigkeit“

Wie sich das Aussperren von EU-Billigarbeitskräften aus Österreich rechtlich machen lassen soll, verriet Kern nicht. Auf die Frage „Wie soll sich das ausgehen?“ antwortete er mit der Aussage, dass Lohndumping durch Arbeitnehmer aus dem EU-Ausland für Österreich ebenso wie für die ausgebeuteten ausländischen Beschäftigten „eine derartig schreiende Ungerechtigkeit“ sei. Er will auf politischen Druck setzen.

Druck will Kern offenbar auch nach innen aufbauen. Zu den vielen arbeitsrechtlichen Themen seines Plans - Lohngerechtigkeit, Geschlechterdiskriminierung, Mindestlohn und Arbeitszeitflexibilisierung - zeigte er sich klar unzufrieden mit dem, was die Sozialpartner bisher in diesem Themenfeld erreichten. Seine „Geduld“ mit deren Versuchen zur Erarbeitung von Lösungsmodellen gehe zu Ende, so der Kanzler.

Ultimatum an Sozialpartner

Beim Thema Arbeitszeitflexibilisierung etwa hätten sich die Sozialpartner in der Debatte „festgefressen“, die auf ein „Pingpong-Spiel“ ohne Resultate hinauslaufe. 2017 sei „ein gutes Jahr“, um für Lohngerechtigkeit zu sorgen, stellte Kern ihnen ein konkretes Ultimatum; eben auch durch gesetzliche Regelungen, sollten sich die Sozialpartner innerhalb des Jahres nicht selbst auf eine Lösung einigen.

Hoffen auf neues Wahlrecht schon bei nächster Wahl

Spielraum zeigte der Kanzler, was die von ihm angestrebte Wahlrechtsreform in Richtung Mehrheitswahlrecht angeht. Sein Modell, den Regierenden einen Bonus zu geben, indem auch die Minister im Nationalrat stimmberechtigt wären, sei nur ein möglicher Vorschlag. Auch die Idee des Juristen Klaus Poier, der der stärksten Fraktion 50 Prozent plus ein Mandat geben würde, erscheint ihm interessant, wiewohl ebenfalls nicht ohne Tücken.

Kern kann sich vorstellen, dass in dieser Debatte auch Alt-Bundespräsident Heinz Fischer „einen hervorragenden Beitrag leisten könnte“. Umsetzen will der Kanzler die Wahlrechtsreform jedenfalls bereits bis zur nächsten Nationalratswahl, die nach seiner Vorstellung wie geplant erst im Herbst 2018 stattfinden soll. Bis dahin habe man ja einen Vertrag mit der ÖVP. Und zumindest zu Vizekanzler und ÖVP-Chef Reinhold Mitterlehner ist Kerns Verhältnis nach eigenen Worten „exzellent“.

Grüne fordern „Taten statt Worte“

In ersten Reaktionen begrüßte die Industriellenvereinigung zwar die „Dynamik“, die Kern zeige, forderte aber konkrete Resultate ein. Die FPÖ sprach sich strikt gegen die Änderung des Wahlrechts aus, das nach Meinung der Partei nur dem Machterhalt der SPÖ dienen solle. Die Grünen vermissten in Kerns Aussagen konkrete Antworten etwa beim Thema Mindestlohn und erklärten, man erwarte 2017 „Taten statt Worte“.

[Read more ... Kern: Österreich braucht "Plan A"](#)

[SPÖ Burgenland unterstützt das Volksbegehren gegen TTIP, CETA & TiSA](#)

Am 23. Jänner startet das Volksbegehren gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA. Die SPÖ Burgenland wird dieses Volksbegehren voll unterstützen. Das gaben Landeshauptmann und Landesparteivorsitzender Hans Niessl und Landesgeschäftsführer Christian Dax heute Freitag bei einer Pressekonferenz mit Initiator Herbert Thumpser (Bürgermeister von Traisen) und Thomas Kattnig von younion _ Die Daseinsgewerkschaft in Neusiedl am See bekannt.

Die SPÖ Burgenland steht grundsätzlich positiv einem freien Handel gegenüber, sieht diese Verträge jedoch zu einem Großteil für die Interessen von Konzernen gemacht. „Der Staat, die öffentliche Verwaltung und das Allgemeinwohl würden enorm an Einfluss und Bedeutung verlieren“, kritisiert Landeshauptmann Hans Niessl.

Diese Punkte sind bei den Handelsverträgen höchstproblematisch: die Schiedsgerichte, die Absenkung von Arbeit-, Sozial und die Umweltstandards. Außerdem kommt die Daseinsvorsorge, wie Wasser-, Energie-, Gesundheitsversorgung sowie das Bildungssystem, massiv unter Druck.

„Jede einzelne Unterschrift ist nun wichtig“, sagt Thomas Kattnig, Mitglied des Bundespräsidiums der

younion _ Die Daseinsgewerkschaft, die das Volksbegehren unterstützt. „Die EntscheidungsträgerInnen müssen lernen, dass Geheimverhandlungen und das Ignorieren von Kritik nicht mehr in die heutige Zeit passen und zu massivem Widerstand führen. Wir stehen für fairen Handel zur Verfügung, solche Verträge dürfen daher nicht einzig den Konzernen dienen, sondern müssen einen Mehrwert für die gesamte Bevölkerung generieren.“

„Die SPÖ macht Politik für Menschen und nicht für Konzerne. Solange kein Vertragstext vorliegt, der für einen gerechten und ausgewogenen Freihandel, in dem die Menschen wieder im Mittelpunkt stehen sorgt, werden wir gegen dieses Abkommen kämpfen und so viele Unterschriften wie möglich sammeln. Die Landesorganisation, die Bezirksorganisationen und Ortsorganisationen werden mit voller Kraft dahinter sein“, so Christian Dax abschließend.

[Read more ... SPÖ Burgenland unterstützt das Volksbegehren gegen TTIP, CETA & TiSA](#)

- [« First](#)
- [Previous](#)
- [13](#)
- [14](#)
- [15](#)
- [16](#)
- [17](#)

- 18
- [19](#)
- [Next](#)